

Berlin, den 6. Juni 2006

### **Solidarität mit streikenden Klinikärzten**

Im Memorandum „Hämatologie und Onkologie 2006: Maßnahmen zur Stabilisierung einer leistungsstarken Patientenversorgung und Festigung einer international wettbewerbsfähigen Forschung“ ([www.dgho.de](http://www.dgho.de)) forderte die DGHO: "Für anstehende Entscheidungen beim Umbau des Krankenversicherungssystems sollte aber mit Augenmass darauf geachtet werden, dass viele ärztliche Leistungen unentgeltlich im stationären und ambulanten Bereich erbracht worden sind und dass angemessene Entgeltregelungen geschaffen werden müssen..."


Diese Problematik hat zu einem anhaltenden Streik in Universitätsklinika geführt.

- Die Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie steht hinter den berechtigten Forderungen der Klinikärzte. Der seit Jahren angemahnte dringende Handlungsbedarf muss endlich anerkannt und in wirksame Vereinbarungen umgesetzt werden.
- Alle Beteiligten sind aufgefordert, unverzüglich Lösungen umzusetzen, wie sie an einzelnen Standorten bereits gefunden wurden. Die starre Haltung der Tariftgemeinschaft der Länder verhindert mögliche akzeptable Kompromisse mit den Klinikleitungen. Diese und nicht die Finanzminister haben entsprechende Vereinbarungen auch budgetär zu tragen.
- Der Wert ärztlicher Tätigkeit und die Bereitschaft zur Leistung müssen endlich wieder die erforderliche Anerkennung finden. Dazu gehören eine angemessene Vergütung aller geleisteten Arbeitsstunden, bessere Arbeitsbedingungen, Konzentrierung auf primär patientenorientierte Tätigkeit, Arbeitsverträge, die den jungen Ärztinnen und Ärzten auch Perspektiven eröffnen sowie Freiräume für Forschung, Fort- und Weiterbildung.
- Die Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und Onkologie unterstützt zur Umsetzung dieser Forderungen ausdrücklich den Marburger Bund (MB). Er ist die einzige legitime Vertretung der Klinikärzte, in der von insgesamt 146.000 angestellten und beamteten Ärzten über 105.000 gewerkschaftlich organisiert sind. Verdi hat kaum Ärzte als Mitglieder. So wundert es auch nicht, dass Verdi bereit ist, einen Tarifvertrag abzuschließen, der voll zu Lasten der Ärzte gehen würde:

#### **Hier die negativsten Auswirkungen auf die Ärzte:**

- Verdi streikt monatelang gegen höhere Arbeitszeiten – Ärzte sollen nun aber 42 Stunden in der Woche arbeiten, und das ohne vollen Lohnausgleich.
- Während alle übrigen Berufsgruppen Einmalzahlungen erhalten (je nach Gruppe bis zu 450 €/Jahr), werden Ärzten diese Zahlungen verweigert.

- Der Vertrag sieht mögliche Gehaltskürzungen in Höhe von 10% durch „Maßnahmen zur Zukunftssicherung“ vor, wenn sich Kliniken in Notlagen befinden.
  - Ärzte sollen ein in die Gehälter eingearbeitetes Weihnachtsgeld in Höhe von 30% erhalten, während man bereit ist, anderen Berufsgruppen bis zu 95% zuzugestehen.
  - Es wird keinen Feiertagszuschlag bei Bereitschaftsdiensten geben, der zwischen MB und der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) in Höhe von 25% bereits verhandelt war.
  - Der Besitzstand nach §71 BAT, der die Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall regelt, wurde für Ärzte gestrichen, allen anderen Berufsgruppen bleibt er erhalten.
  - Die Ost/West-Ungerechtigkeiten bei den Gehältern werden zementiert und verstärkt.
  - Der Vertrag soll nicht zum 1. Juli, sondern erst zum 1. November wirksam werden.
- Wir sehen mit großer Sorge einer weiteren Eskalation der Streikmaßnahmen entgegen, falls der Verhandlungsführer der TdL auf seinen bisherigen Positionen beharrt und jetzt rigoros den Vertragsabschluss mit Verdi auch als verbindlich für die Klinikärzte ansieht. Den Universitätskliniken drohen als Wissenschaftsstandorten und in der Krankenversorgung trotz der dafür vorgesehenen Notfallregelungen schwere Beeinträchtigungen.



Prof. Dr. med. Gerhard Ehninger  
Geschäftsführender Vorsitzender



Prof. Dr. med. Mathias Freund  
Sekretär und Schatzmeister